

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donnerst-
tag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl.
2 illust. Beilagen) in der
Expedition, bei unsern Pos-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Nr. 135.

Dienstag, den 16. November

1897.

Die Diensträume der unterzeichneten Behörde sind
Freitag und Sonnabend, den 19. und 20. dieses Monats
wegen Reinigung für nicht dringliche Angelegenheit geschlossen.

Schwarzenberg, am 12. November 1897.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Fehr. v. Wirsing.

Auf dem die Firma **Unterstützungsgrüner Kardätschen-, Bürsten- und
Winkel-Fabrik Breitsprecher & Hess in Unterstützungsgrün** betreffenden
Folium 224 des Handelsregisters für den Landbezirk des unterzeichneten Amtsgerichts
ist heute eingetragen worden, daß der Mitinhaber Herr **Robert Edwin Hess**
aus **Schönheide** ausgeschieden ist.

Eibenstock, am 13. November 1897.

Königliches Amtsgericht.
Chrig.

41. Jahrgang.

Bekanntmachung,

die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffend.

An dem bevorstehenden **Buhtag und Todensfestsonntag** darf nur der Ver-
kauf von **Brod und weicher Bäckwaare, von sonstigen Gh- und Material-
waaren, von Milch, sowie der Kleinhandel mit Heizungs- und Beleuch-
tungsmaterial von 6 Uhr früh bis 1 Uhr Nachmittags**, mit Ausschluß von
2 Stunden von Beginn des Vormittagsgottesdienstes an, stattfinden; alle übrigen
Verkaufsstellen sind während des ganzen Tages geschlossen zu halten.
Zu widerhandlungen sind mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Haft zu
bestrafen.

Eibenstock, den 11. November 1897.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Müller.

Nr. 31 des Verzeichnisses der unter das Schankstättenverbot gestellten Personen
ist zu **streichen**.

Stadtrath Eibenstock, den 13. November 1897.

Hesse.

Gnächtel.

Der Stand des Kampfes in Oesterreich.

Die Freitagssitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses hat zwei Uebererregungen gebracht: eine Rede des Minister-Präsidenten Grafen Badeni, in der ein neuer Versuch der Regierung zur Herstellung eines Kompromisses zwischen Deutschen und Tschechen angekündigt wird, und eine Rede des liberalen Jallinger, in der die so vielbesprochene besondere Tagesordnung der Liberalen über die Lösung der Sprachenfrage, die nicht auf dem Wege der Verordnungen, sondern durch Gesetz erfolgen müsse, eingebracht wurde. Den beiden bemerkenswerthen Kundgebungen ging eine Rede des neugewählten Präsidenten v. Abrahamowitsch vorher, in der dieser ebenfalls durch eine ganz ungewohnte Milde gegenüber den Deutschen übertrönte.

Die Rechte hatte nur mit Widerstreben für Abrahamowitsch gestimmt, da auch bei ihnen die Meinung vertreten ist, daß der Vorwurf der „polnischen Wirtschaft“ durch die Wahl eines polnischen Präsidenten nicht entkräftet werde. Der Gewählte hielt eine Ansprache, in der er ausführte, er betrachte es als seine erste Pflicht, zur Befundung des Parlamentarismus beizutragen. Zunächst müsse die Erkenntnis Platz greifen, daß die Vernichtung des Parlamentarismus nicht eine Heilung, sondern eine Verschlimmerung der Lage herbeizuführen geeignet sei. Eine Gesundung der Verhältnisse könne nicht durch Sieg oder Vernichtung einer Partei, sondern nur durch friedliches Einvernehmen erreicht werden. Dazu bedürfe es des beiderseitigen guten Willens, den man dadurch ausbrücke, daß man nicht nur für das eigene Interesse, sondern auch für dasjenige des Gegners Verständnis zeige, jenes Willens, für den die wohlverstandene österreichische Staatsidee den dankbarsten Boden abgebe, auf dem zwei so hervorragende Volksstämme, wenn geeinigt, die Nachstellung der Monarchie noch zu erhöhen vermöchten.

Man wird gestehen müssen, daß Abrahamowitsch, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, sich nicht leicht verständlicher hätte äußern können. Vor seiner Rede hatte die gesammte Linke den Saal verlassen. Das Haus nahm Johann die Verhandlung der Ministeranfragen wegen der Sprachenverordnungen wieder auf. Graf Badeni ergriff zunächst das Wort. Er erklärte, die Regierung wolle sich mit größter Bereitwilligkeit an einer Regelung der Sprachenfrage auf dem Gesetzgebungswege betheiligen und werde, wenn ein bezüglicher Antrag auf Schwierigkeiten stoßen sollte und ein Erfolg nicht zu erwarten sei, Alles aufbieten, um den Streit beider böhmischen Volksstämme auf Grund eines Kompromisses im vollsten Einvernehmen mit beiden Parteien einem friedlichen Ende zuzuführen. Das beweise, daß die Regierung nicht im Begriffe sei, zu verschwinden. Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß er verbürgen könne, daß das, was er heute erklärt habe, den Thatfachen entspreche, und daß er es nicht leichtfertig im Hause ausgesprochen habe. Die Regierung lasse sich in ihrer Ueberzeugung von der Bedeutung des deutschen Volksstammes und der ihm in Oesterreich gebührenden Stellung durch keinerlei Vorgänge im Hause erschüttern; sie stehe auf dem Standpunkt, allen nichtdeutschen Nationalitäten gegenüber vorzugehen, und erachte dies gegenüber dem deutschen Volksstamm für eine um so ernstere Pflicht.

Nach dem Ministerpräsidenten sprach der Abg. Jallinger (katholische Volkspartei) für den erkrankten Abgeordneten Divaldi und führte aus: Seine Partei habe niemals eine Aktion gemacht oder einer Aktion zugestimmt, aus der gefolgert werden könnte, daß sie die Sprachenverordnungen billige oder jene Verständigung nicht gutheißt, zu der die Regierung, wie dies die letzte Rede des Ministerpräsidenten Badeni beweise, die Hand zu reichen gewillt sei. Abgeordneter Jallinger beantragte eine motivirte Tagesordnung, welche lautet: Indem

das Haus eine Lösung der Nationalitäten- und Sprachenfrage nicht einseitig auf dem Wege von Verordnungen, sondern durch eine gesetzliche Regelung für erwünscht erachtet, geht es über die Ministeranfrage zur Tagesordnung über. Redner weist auf den radikalen Zug der Obstruktion hin und sagt: „Wir aber wollen nicht Revolution, auch nicht Gegenrevolution, sondern das Gegentheil der Revolution.“ Redner brückt die Hoffnung auf Herbeiführung geordneter Zustände und Verständigung der Völker sowie die Erwartung aus, daß der Kaiser, der überall als Friedensfürst gepriesen werde, auch in seinem Jubeljahre von vereinigten Völkern umgeben sein werde. — Der Anklageantrag wurde denn auch mit einer ganz kleinen Mehrheit abgelehnt.

Also Badeni giebt in der Form ein klein wenig nach, aber er bleibt — und mit ihm bleiben die Sprachen-Verordnungen, sein eigenes Werk. Die Grundbedingungen für eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen sind somit nicht gegeben. Immerhin aber bildet die Freitagssitzung eine interessante Episode im Kampfe der Deutschen in Oesterreich.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung vom 10. Novbr., durch welche der Reichstag auf den 30. d. Mts. einberufen wird.

— Der mit einer gewissen Spannung erwartete Gesetzentwurf wegen Entschädigung unschuldig Verurtheilter ist schon vor geraumer Zeit an den Bundesrath gelangt und von diesem im geschäftsordnungsmäßigen Wege zunächst an den Justizauschuß verwiesen worden. In diesem Ausschuß hat der Gesetzentwurf am letzten Donnerstag zur Berathung gestanden und er wird nunmehr zur endgiltigen Feststellung für die Vorlegung im Reichstag an das Plenum des Bundesraths zurückgelangen.

— Die „Hamburger Nachrichten“ kommen in einer Polemik mit einem Wiener Blatte noch einmal auf die Nothwendigkeit zurück, daß Deutschland angesichts der politischen Kämpfe in Oesterreich den dortigen Deutschen gegenüber zurückhaltend verfahren und auf eine Einmischung in die internen Angelegenheiten Oesterreichs verzichten müsse: „Die Reichsdeutschen im Auslande müssen wir unbedingt schützen, unter Umständen manum militari, wenn ihnen Unrecht geschieht; den bloß stammverwandten Deutschen, welche Untertanen eines fremden Souveräns sind, können und dürfen wir nicht helfen. Wir können mit ihnen Sympathisiren, aber diese Sympathie darf nicht in einer Weise zum Ausdruck gebracht werden, daß der fremde Staat, wenn wir mit ihm in Freundschaft weiter leben wollen, sich dadurch verletzt fühlen und sich über unbefugte Einmischung in seine Angelegenheiten beschweren darf. — Wir wollen nicht leugnen, daß Situationen denkbar sind, wo Deutschland zu Gunsten der Deutschen in Oesterreich sich zwar auch nicht von außen her in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs einmischen, jedoch den Versuch machen könnte, sich durch geeignete Vorstellungen auf diplomatischem Wege für die Deutschen bei der österreichischen Regierung zu verwenden. Aber in einer solchen Situation befinden wir uns nicht. Um die Möglichkeit, auf Oesterreich in diesem oder jenem Sinne irgendwie drücken zu können, hat uns Graf Caprivi gebracht, als er im Jahre 1890 die Verlängerung des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages ablehnte und uns dadurch des zweiten russischen Stranges auf unserem Bogen beraubte. Seit der Zeit sind wir, wenn auch nicht à la merci Oesterreichs oder des Dreibundes gestellt, doch mehr als früher genöthigt, Wiener Empfindlichkeiten zu schonen.“

— Auch die „Rhein.-Westf. Ztg.“ beschäftigt sich mit

der Frage, warum Deutschland den Deutschen in Oesterreich nicht helfen kann, und schiebt der Caprivischen Politik die Schuld an unserer gegenwärtigen wenig trostreichen Lage zu: „Es giebt aus diesen Zeitläuften nur eine Rettung: das Zurückkehren zu der Bismarck'schen Politik. Und unser Trost ist es, daß diese Rückkehr in die alten Bahnen seit einem Jahre immer deutlicher hervortritt. Die Lösung muß sein: freundschaftlich mit Rußland und los von England. Viele Anzeichen lassen darauf schließen, daß, wenn auch das alte Spiel mit den fünf Hüllen wohl auf den europäischen Brettern, die die Welt bedeuten, nicht mehr aufgeführt werden kann, man doch entsprechend den neuen Verhältnissen in einer neuen Weise das alte Problem zu lösen sich bemüht, und dieses Hochmalen des brutalen Badeni und der tschechischen, polnischen und liberalen Mehrheit im österreichischen Reichsrathe, welche das Deutschthum zertrümmert, diese Summe von Bitterkeit, die wir heute hinunterwürgen müssen, wird hoffentlich dem deutschen Volk und seinen Leitern darüber Aufklärung geben, was uns noth thut. Die deutsche Politik hat zu begreifen, daß sie nicht dazu da ist, eine kontrabandische und volksbrüchige Dynastie zu stützen, sondern das Deutsche Reich und das deutsche Volk auf der ganzen Welt zu schützen und wenn die Tschechen und Polen dazu nicht bereit sind, dann sind es vielleicht die Russen und die Türken. Uns kanns gleich sein. Lieber herrsche der Russe in Kraslau als der Pole in Wien.“

— Unter der Ueberschrift „Die bayerischen Partikularisten und die bayerische Armee“ spricht die französische Militärzeitung „L'Avant Militaire“ vom 2. November folgendes Urtheil über die bekannten Verhandlungen der bayerischen Abgeordnetenkammer aus: Ein so frivoler Angriff gegen die Einheit der deutschen Armee und ihre Bemühungen für die Verteidigung des Vaterlandes verdiente die allgemeine Verachtung. Es wäre zu wünschen, daß die Armee ebenso wie alle Vaterlandsfreunde ihre Verachtung nicht verbergen würden. Die bay. Armee könne sich mit einem Gefühl berechtigten Stolzes des großen Unterchiedes bewußt sein, der zwischen ihrem heutigen Werthe als Kriegsinstrument und demjenigen bestesse, den sie während der kläglichen Zeit des Bundes hatte. Während der Mandate des Jahres 1897 waren die den Kriegsanforderungen möglichst genäherten Anstrengungen für manche Truppen außerordentlich; aber sie Alle seien stolz, unter der Leitung des Kaisers geübt zu haben. Frankreich glaubt nicht mehr an einen Mangel in der soliden Verbindung der deutschen Kontingente, denn Frankreichs Nachbarn im Osten der Vogesen kennen nur mehr eine geeinigte deutsche Armee und die Kaisermandate der letzten Jahre, insbesondere jene im Jahre 1897, hätten nur diese Ansicht verstärken können.

— Telegraphische Depeschen aus Petersburg und Karlsruhe haben die Errichtung einer eigenen russischen Gesandtschaft in letzterer Residenz angekündigt und die „Karlsruher Zeitung“ hat nicht ermangelt, mit einer tiefen Verbeugung zu versichern: „Die Errichtung einer eigenen ständigen Gesandtschaft in Karlsruhe an Stelle der bisherigen mit dem Sitze in Stuttgart ist ein Beweis für die guten Beziehungen, die zwischen den Höfen von Petersburg und Karlsruhe bestehen.“ — Es ist dies dieselbe Zeitung, deren Hofbericht vor Kurzem der Welt kund that, daß der Kaiser von Rußland den ihm zugeordneten Besuch des Großherzogs abgelehnt habe. Die offiziöse Mittheilung enthält dann noch die weitere Versicherung, daß über die Errichtung der Gesandtschaft schon vor längerer Zeit „zwischen den beiderseitigen auswärtigen Ministerien“ Besprechungen stattgefunden hätten. Es soll durch diese Erklärung wohl der Eindruck verhindert werden, als ob die ständige Gesandtschaft etwa ein Pflaster für die verlegende Ablehnung des Besuchs sei.

— Oesterreich-Ungarn. Mit knapper Majorität,